

## PRESSEMITTEILUNG

PM 25/05

### Jahresbilanz 2024

## **Gastgewerbeumsatz sinkt real das fünfte Jahr in Folge – DEHOGA fordert Politikwechsel**

Gastronomische Betriebe besonders belastet // DEHOGA-Präsident Zöllick erwartet von der künftigen Bundesregierung einheitlich 7 Prozent Mehrwertsteuer auf alle Speisen, mehr Flexibilität, echte Entlastung und Bürokratieabbau: „Kein Aufschwung ohne starke Wirtschaft“

**(Berlin, 20. Februar 2025) Die Herausforderungen für Deutschlands Gastgewerbe sind weiterhin groß. Wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte, setzten die Hoteliers und Gastronomen nach vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2024 real 2,6 Prozent weniger um als 2023 (nominal +0,6%, alles Originalwerte). Gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 sank der Umsatz sogar um real 13,1 Prozent (nominal +9,9%). „Die wirtschaftliche Lage in der Branche bleibt angespannt. Die Betriebe leiden unter weiter steigenden Kosten und der Mehrwertsteuererhöhung für Speisen in der Gastronomie“, erklärt Guido Zöllick, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband). Umso wichtiger sei es jetzt, dass die Politik die längst überfällige Stärkung der Wirtschaft in den Fokus rückt, sagt Zöllick. Mit Blick auf die Bundestagswahl appelliert er: „Am kommenden Sonntag haben wir die Chance, die Weichen zu stellen für eine neue Wirtschaftspolitik. Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben. Wir brauchen echte Lösungen. Damit Bürokratie- und Kostenfrust weichen, Existenzsorgen schwinden und Zuversicht wächst. Ohne starke Wirtschaft gibt es keinen Aufschwung.“**

### **Gastronomie mit besonders hohen Verlusten**

Überdurchschnittlich hoch sind die Verluste in der Gastronomie. Gegenüber 2023 ging der preisbereinigte Umsatz im Jahr 2024 hier **um 3,8 Prozent zurück** (nominal -0,5%). „Mit der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2024 hat sich die Stimmung deutlich eingetrübt“, so Zöllick. Viele Betriebe spürten die zunehmende Preissensibilität und Konsumzurückhaltung der Gäste. Das zeigt sich auch in den Dezemberwerten 2024. Im Vergleich zum Vorjahr fiel der Umsatz im letzten Monat des Jahres um 6,1 Prozent (nominal -2,8%). Der reale Verlust gegenüber 2019 betrug 22,5 Prozent (nominal +1,0%).

Etwas besser sieht es im Beherbergungsgewerbe aus. Hier betrug das **reale Umsatzminus 0,4 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr (nominal +2,4%). „Deutschland ist als Reiseland beliebt“, sagt Zöllick und verweist auf die amtlichen Übernachtungszahlen. Danach zählten die Beherbergungsbetriebe im Jahr 2024 insgesamt 496,1 Millionen Übernachtungen, das sind 1,9 Prozent mehr Übernachtungen als im Jahr 2023 und 0,1 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 2019. Doch der Blick auf die verschiedenen Betriebsarten zeigt deutliche Unterschiede. Denn während Campingplätze mit einem Plus von 19,9 Prozent im Vergleich zu 2019 boomen und die Ferienunterkünfte das Niveau von 2019 übertreffen (+2,6%), bleibt die klassische Hotellerie mit 2,2 Prozent weniger Übernachtungen als 2019 hinter dem Vorkrisenwert zurück. Zöllick betont zudem: „Steigende Übernachtungszahlen spiegeln zwar eine gute Nachfrage wider, geben aber keine Auskunft über die wirtschaftliche Lage beziehungsweise die Ertragssituation der Betriebe.“

**Ansprechpartnerin der Pressestelle: Stefanie Heckel · Pressesprecherin**

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) · Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin ·  
Fon 030 72625232 · Fax 030 72625242 · presse@dehoga.de · www.dehoga.de

Auch die Hotels litten wie alle anderen gastgewerblichen Betriebe unter den stark gestiegenen Kosten bei Personal, Nahrungsmitteln und Energie. Hinzu käme die wachsende Bürokratie, die Zeit und Geld kostet. „Es wird für die Betriebe immer schwerer, wirtschaftlich zu arbeiten“, schlägt Zöllick Alarm. Viele Betriebe stünden mit dem Rücken zur Wand.

### **DEHOGA fordert Sofortmaßnahmen von der Politik**

Mehr denn je käme es jetzt auf echte Lösungen an, um endlich wieder Wachstum auszulösen. „Als standorttreue Branche mit 200.000 steuerpflichtigen Unternehmen und mehr als zwei Millionen Beschäftigten steht für uns die einheitliche Besteuerung von Speisen mit 7 Prozent an vorderster Stelle. Die Ungleichbehandlung von Essen in Restaurants und Cafés gegenüber dem Essen zum Mitnehmen und zur Lieferung sowie gegenüber den Fertiggerichten aus dem Supermarkt muss endlich und dauerhaft beseitigt werden.“ Zudem drängt Zöllick auf mehr Flexibilität durch eine Wochenarbeitszeit nach EU-Recht, mehr Netto vom Brutto sowie spürbaren Bürokratieabbau.

„Restaurants, Cafés und Wirtshäuser wie auch die Gemeinschaftsverpflegung – von der Kantine über die Krankenhausgastronomie bis zur Kita- und Schulverpflegung – sind systemrelevant. In der Stadt wie auf dem Land sind unsere Betriebe wichtige soziale Treffpunkte und Begegnungsorte, relevante Arbeitgeber und unverzichtbar für Lebensqualität und Daseinsvorsorge“, hebt Zöllick die hohe wirtschaftliche und insbesondere gesellschaftliche Bedeutung des Gastgewerbes hervor. Es gelte jetzt, wieder Mut zu machen, Unternehmertum zu fördern und Perspektiven zu schaffen

Was Gastronomie und Hotellerie konkret von der Politik erwarten, hat der Verband in seinem DEHOGA Wahlcheck 2025 veröffentlicht und sich mit acht konkreten Fragen zu den drängendsten Themen der Branche an die Parteispitzen gewandt. Die Antworten der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien und Fraktionen finden sich zusammengefasst in einer übersichtlichen [Synopsis](#) auf der Website des Verbandes. DEHOGA-Präsident Zöllick appelliert an die Unternehmerinnen und Unternehmer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich zu informieren und zur Wahl zu gehen: „Der 23. Februar ist der Tag der Entscheidung. Jede Stimme zählt. Es geht um die Zukunft unserer Branche.“■